

Die letzten Vermittlungsversuche Basels und seine Stellung im Sonderbundskrieg

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen**

Band (Jahr): **92 (1914)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der Behörden erschienen in den öffentlichen Blättern: es müsse der Verdacht entstehen, die Regierung wolle durch die Finger sehen und laufen und reisen lassen, was laufen und reisen wolle. Immerhin übertrieb das Gerücht die Zahl der Beurlaubten; auch verweigerte der Rat zwei Offizieren des Infanteriecontingents die von ihnen nachgesuchte Veretzung in die Landwehr.

Die letzten Vermittlungsversuche Basels und seine Stellung im Sonderbundskrieg.

Am 18. Oktober 1847 war die Tagsatzung in Bern eröffnet worden. Nicht nur in der ganzen Schweiz, sondern auch in den Nachbarstaaten wartete man mit Spannung auf die Entscheidung der nächsten Tage. Die gemäßigten Staatsmänner der liberalen Mehrheit, Bürgermeister Furrer von Zürich, Landammann Munzinger von Solothurn, der Thurgauer Dr. Kern und der St. Galler Näff waren bereit, alles zu versuchen, um die Auflösung des Sonderbundes ohne Waffengewalt herbeizuführen. Die Gesandten von Baselstadt konnten vielleicht noch etwas ausrichten, wenn sie die ihnen näher stehenden sonderbündlerischen Staatsmänner zu einem Entgegenkommen zu überreden vermochten. Freilich war die alte Freundschaft etwas wacklig geworden; an der Urner Landsgemeinde fehlte auf dem Festbogen unter den Wappen der bundesgetreuen Kantone das von Basel. „Früher haben es die Basler auch gut gemeint“, hieß es; jetzt nannte die Urner Zeitung Bürgermeister Sarasin erzradikal, weil er sich in die Kommission zur Besprechung der Bundesrevision hatte wählen lassen. Auch empfanden die Basler Gesandten mit Bedauern die zunehmende Schroffheit der Sonderbündler an der Tagsatzung. Bürgermeister Sarasin schlug nun als einziges Mittel zur Erhaltung des Friedens vor: Die Tagsatzung solle eine Kommission aufstellen, die mit den Gesandten der sieben Stände zusammentrete und deren Ansprüche und Beschwerden gütlich bespreche. Aber nur das neutrale Neuenburg und von den Sonderbündlern das aus Angst zur Vermittlung neigende Zug waren damit einverstanden. Die Mehrheit der Stände beschloß, in jeden der Sonderbundskantone zwei eidgenössische Repräsentanten zu schicken, die vor den Behörden oder vor dem Volk eindringlich zum Rücktritt vom Sonderbund raten und zugleich eine beschwichtigende und friedlich klingende Proklamation verlesen sollten. Da sie aber nicht verhielt, der Jesuitenbeschluß werde zurückgenommen, lehnte es der zweite Gesandte von Basel, Rudolf Merian, ab, als Repräsentant nach Freiburg zu gehen; doch beschworen beide

Gesandte die Sonderbündler, sie möchten dafür sorgen, daß die eidgenössischen Bevollmächtigten in ihren Heimatkantonen angehört würden. Aber die Staatsmänner der sieben Kantone waren größtenteils bereits zum Kampf entschlossen; sie glaubten nicht ohne Grund, mit ihren Rüstungen weiter voran zu sein als die Gegner, und hofften auf die Empörung der katholischen Aargauer und St. Galler. So wurden die Repräsentanten fast nirgends angehört und die Proklamation wurde außer in Zug gar nicht bekannt gegeben. Inzwischen hatte der Tagsatzungspräsident Ochsenbein am 24. Oktober eilig zu ungewohnter Stunde eine sonntägliche Sitzung angesetzt. Die sonderbündlerischen Gesandten erschienen gar nicht. Die Mehrheit der Anwesenden aber beschloß in dieser Sitzung, trotz dem Protest von Baselstadt und Neuenburg, 50,000 Mann zur Herstellung der Ordnung und zur Handhabung des Ansehens des Bundes aufzubieten. Dieser folgenschwere Beschluß war hauptsächlich durch den Schrecken verursacht, den eine Meuterei katholischer St. Galler Soldaten hervorgerufen hatte. Die am Abend des gleichen Tages nach Bern zurückkehrenden Repräsentanten, es waren die bedeutendsten der gemäßigten Liberalen, zeigten sich betroffen über die beschlossene Maßregel. Noch waren besonders Furrer und Kern entschlossen, keine Exekution zuzugeben, wenn auch nur eine Stimme von den Zwölfen wankend werde; aber ließ sich das nach dem Beschluß vom 24. Oktober noch erwarten? Jedenfalls kamen sie gerade rechtzeitig nach Bern zurück, um der Eidgenossenschaft den besten Feldherrn für den bevorstehenden Krieg zu sichern. Durch gerechte und kluge Zugeständnisse vermochten sie den seit einigen Tagen zum General erwählten H. G. Dufour zur Annahme der Wahl und zur Eidesleistung zu bewegen. Der sechzigjährige Genfer hatte als Bürger und Offizier der Vaterstadt und der Eidgenossenschaft mit seiner wissenschaftlichen Begabung und seiner großen militärischen Erfahrung erfolgreich gedient; auch die rohe Leidenschaft der Tagespolitik hatte der Ehre des anspruchslosen, charakterfesten Mannes keinen Makel anhängen können. In politischen Dingen war Dufour gemäßig, konservativ und ein Feind des gewalttätigen Radikalismus. Darum war seine Wahl den radikalen Politikern wie Ochsenbein und Druey höchst zuwider; für die Eidgenossenschaft war es jedoch ein unschätzbare Gewinn, daß nicht etwa ein ehemaliger Freischarenführer dem Krieg den Charakter eines Parteikampfes verlieh, sondern daß ein Mann, der das alte Recht ehrte, den unvermeidlich gewordenen Bruderkrieg zum Heil des Vaterlandes mit Klugheit und Menschlichkeit zu einem raschen und heilsamen Ende führte.

Auf den Beschluß der radikalen Mehrheit vom 24. Oktober hin versuchte der energische Führer der Sonderbündler an der Tagsatzung, Staatschreiber Bernhard Meyer, seine Kollegen zu bestimmen, sofort die Versammlung zu verlassen; denn je länger sie warteten, desto schlimmer werde die militärische Lage der sieben Orte. Aber die Gesandten von Freiburg und Wallis und besonders der von Zug

wollten die Verhandlungen noch nicht abbrechen. Gleichzeitig wandten sich Landammann Näff von St. Gallen und Regierungsrat Böschenstein von Schaffhausen an die beiden Basler und ersuchten sie, zuerst eine private Zusammenkunft mit den Sonderbündlern zu bewirken. Mit Freuden übernahm Sarasin die Aufgabe und lud Bernhard Meyer und einige seiner Parteigenossen zu sich in den Gasthof zum Falken ein. Zwar kam dieser Vermittlungsversuch Meyer höchst ungelegen und er äußerte sich Merian gegenüber in bitterer Weise über die Verzögerung. „Mein lieber Freund,“ sagte er zu ihm, „nicht Vermittlung, nicht Frieden, Krieg, fluchwürdigen Bürgerkrieg wollen diese . . .“ Da Meyer ein Schimpfwort brauchte, schlug Merian entsetzt die Hände zusammen: „Mein Gott, was soll bei solcher Ansicht herauskommen? Mit dem Titel, den Sie den Gegnern geben, werden Sie auch von diesen beschimpft.“ Trotzdem bot Meyer aus Achtung vor den Basler Gesandten und noch mehr aus Verantwortlichkeitsgefühl die Hand zum Vermittlungsversuch. Am Abend des 27. Oktobers saßen vier Sonderbündler, darunter Meyer, am „traulichen Kaminfeuer“ mit den Baslern und den Freisinnigen Näff und Böschenstein zusammen. Bürgermeister Sarasin eröffnete die Besprechung mit herzlichen Worten und forderte Bernhard Meyer auf, Vorschläge zu machen. Dieser erklärte zwar gleich, daß er kaum noch an eine friedliche Lösung glaube, legte aber doch, freilich nur als seine Privatan sicht, folgende Gedanken dar: Es wäre am besten, die Frage der Jesuiten und der aargauischen Klöster dem damals als liberal geltenden Papst Pius IX. vorzulegen; wahrscheinlich werde er um des Friedens willen den Orden aus Luzern zurückrufen, wenn er in den andern Kantonen unbehelligt bleibe; auch werde er keine Wiederherstellung der aufgehobenen Klöster, die Meyer selbst als unmöglich bezeichnete, sondern nur Schutz für die bestehenden verlangen. Wenn dann noch die feierliche Versicherung gegeben werde, daß nie eine Bundesrevision gegen den Willen der Minderheit ins Werk gesetzt werde, so könne der Schutzvertrag aufgehoben werden. Die zwei Vertreter der radikalen Mehrheit gingen freundschaftlich darauf ein und glaubten, die „unverkümmerte Beibehaltung der Kantonsouveränität“ als sicher versprechen zu können; auch schien Näff dem Gedanken eines päpstlichen Schiedspruches nicht abhold; nur die Klosterfrage baten sie dringend liegen zu lassen. Man einigte sich, für den folgenden Tag statt der angefügten Tagungssitzung alle Gesandten wieder zu einer vertraulichen Konferenz in den Zimmern der Basler einzuladen.

Es wurden damals alle wichtigen Sachen zum voraus in besonderen Parteikonferenzen beraten; so machten auch die Sonderbündler am folgenden Morgen unter sich ab, sie wollten, weil die Friedensliebe der Gegner vermutlich doch nicht ernstlich gemeint sei, zur Probe als erste und unerläßliche Bedingung für eine Vermittlung die Entlassung der beiderseitigen Truppen verlangen. Auch die Gesandten der radikalen Mehrheit hielten ihre Vorberatung ab und beschloßen, nur eine Deputation zum Anhören an die Vermittlungs-

konferenz zu schicken, nämlich Furrer, Kern, Munzinger und Näff. Der letztere merkte nun deutlich, daß der von ihm gestern freundlich aufgenommene Vorschlag des päpstlichen Schiedsrichteramtes bei der Mehrheit keinen Anklang finde, und hatte darum auch nicht mehr den Mut, ihn zu verteidigen. Überhaupt scheinen die vier Deputierten kaum mehr an eine friedliche Lösung geglaubt zu haben. Nachmittags um 4 Uhr trafen sie in der Wohnung der Basler mit den Vertretern der sieben Orte und den Neutralen zusammen. Die vollzählig erschienenen Sonderbündler sahen mit mißtrauischem Erstaunen, daß von Seite der Gegner nur eine Abordnung ohne Vollmacht gekommen war; umgekehrt zeigten sich die vier freisinnigen Staatsmänner darüber befremdet, daß auch die Sonderbündler erklärten, sie müßten allfällige Vermittlungsvorschläge erst ihren Kantonalbehörden vorlegen; und doch waren die eidgenössischen Repräsentanten erst vor wenig Tagen auf ihrer nutzlosen Friedensreise gerade an die bevollmächtigten Tagsatzungsabgeordneten gewiesen worden. Trotzdem drang Sarasin als Vorsitzender darauf, es sollten wenigstens die persönlichen Ansichten der Einzelnen zur Förderung des Friedens vernommen werden. Bernhard Meyer wiederholte nun, was er am Tage vorher auseinandergesetzt hatte, fügte aber gemäß der geheimen Abmachung hinzu: Ohne daß beiderseits zuerst die Waffen niedergelegt würden, wäre das angefangene Friedenswerk von Anfang an zerstört. Allein davon wollten die Vertreter der Mehrheit nichts wissen; eine solche Verfügung wäre nur möglich, wenn schon eine begründete Aussicht auf Verständigung vorhanden wäre; diese fehle aber noch. Vergeblich ersuchte auch Merian die Sonderbündler, von dieser Forderung abzustehen, während der Neuenburger Calame sie darin unterstützte. So war von vorneherein jede Möglichkeit einer Verständigung ausgeschlossen, und die nachfolgenden Erörterungen der Jesuitenfrage hatten nur noch den Wert theoretischer Betrachtungen. Das Schiedsrichteramt des Papstes, das Sarasin auf Meyers gestrige Anregung hin vorbrachte, schien Furrer und Kern schon darum unmöglich, weil die Tagsatzung eine als Bundesfache erklärte Angelegenheit keiner auswärtigen Macht unterbreiten könne; vollends daß Meyer, von Neuenburg unterstützt, auch die Klosterfrage dem Papst vorlegen wollte, bezeichneten sämtliche Vertreter der Mehrheit und auch die Basler als unmöglich; trotzdem wollten die Sonderbündler nicht davon abgehen. So wurde nutzlos vier Stunden geredet, bis es Nacht geworden war. Zwar fiel kein böses oder bitteres Wort; aber die Beratung geriet allmählich ins Stocken; man hatte sich nichts mehr zu sagen. Trotz den Bedenken der Basler und der Mehrheitsvertreter erklärten die Sonderbündler, sie verlangten für den folgenden Tag eine offizielle Tagsatzungssitzung. Man wußte, daß diese die Entscheidung bringen mußte. So hatten alle Bemühungen Basels nur das eine Resultat, daß der offene Bruch um einen Tag hinausgeschoben wurde; trotzdem waren sie nach dem Wort des Zuger Landammanns Boffard „ein bleibendes Denkmal einer wahrhaft eidgenössischen Gesinnung“.

Noch am gleichen Abend versammelte Meyer seine Kollegen bei sich, und auf sein Drängen entschlossen sich alle dazu, bei der Aussichtslosigkeit einer Verständigung am folgenden Tag Bern zu verlassen. Sie unterzeichneten ein schon vor Wochen verfaßtes umfangreiches Manifest an das Schweizervolk, das eine Rechtfertigung der Trennung und des Widerstandes gegen die Gewalt der Mehrheit enthielt, und ebenso unterschrieben sie eine Protesterklärung, die Bernhard Meyer vorlesen sollte, unmittelbar bevor sie die Tagsatzung verließen. Am folgenden Tag, es war der 29. Oktober, erschienen die Sonderbündler zum letzten Mal an der Tagsatzung. Zuerst brachten sie den frühern, schon einmal abgewiesenen Vermittlungsantrag Zugs nochmals vor, wonach sich der Sonderbund nur dann auflösen sollte, wenn die Jesuitenfrage fallen gelassen, die Sicherheit der Klöster garantiert und die völlige Beachtung der Souveränität und das gleiche Repräsentationsrecht aller Stände feierlich gelobt werde; damit verbanden sie noch das Verlangen, daß vor allem beiderseits Entwaffnung eintrete. Diese Forderungen der Sonderbündler gingen weiter als die in den Privatkonferenzen geäußerten; aber sie wußten ja, daß die radikale Mehrheit nur unter solchen Bedingungen zum Frieden bereit war, die sie nicht annehmen wollten und nach ihren Instruktionen auch nicht annehmen durften. Ein unnützer, erbitterter Wortstreit folgte diesen Anträgen; die Radikalen erklärten, das seien keine billigen Vermittlungsvorschläge, sondern auf die Spitze getriebene Forderungen. Vergebens sprachen nochmals die Gesandten von Basel und Neuenburg begütigende Worte, wobei sich die erstern mehr an die Sonderbündler, die letztern an die Radikalen wandten. Es kam zur Abstimmung; außer den sieben Kantonen erklärte sich nur noch Neuenburg für sofortige Abrüstung; die bekannten 12^{2/2} Stände stimmten dagegen und wiesen auch den Zuger Vermittlungsantrag ab. Da stand Bernhard Meyer auf, verlas die bereitgehaltene Erklärung und übergab das Manifest ins Protokoll der Tagsatzung. Dann rief er mit erhobenen Händen, Tränen in den Augen, Gott zum Zeugen an, daß die sieben Stände an den bevorstehenden Greueln des Bürgerkriegs schuldlos seien, und flehte ihn um den Sieg der gerechten Sache an. Ein heftiger Zwischenruf Munzingers unterbrach die feierliche Stille; sonst herrschte im Saal und auf der dichtgefüllten Galerie Schweigen; die Gesandten von Baselstadt und Neuenburg schluchzten laut. Jetzt verließen die Sonderbündler den Saal, und von draußen hörte man noch den Trommelwirbel der Wache, die den Scheidenden die militärische Ehrenbezeugung erwies.

Damit war der Krieg entschieden. Die Tagsatzungsmehrheit bot bald darauf auch die Reserven auf und beschloß am 4. November, die Auflösung des Sonderbundes durch die bewaffnete Macht zu vollziehen. Baselstadt, Neuenburg und Appenzell-Innerrhoden hatten nicht dazu gestimmt. Der Gesandte von Neuenburg, dessen gesetzgebender Rat mit großer Mehrheit erklärt hatte, das Kontingent nicht marschieren zu lassen, verlangte jetzt umsonst von der Tagsatzung, daß die Neu-

tralität des Kantons anerkannt werde; umsonst verwendete sich auch die Gesandtschaft von Baselstadt dafür, daß die „neutralen“ Stände nicht gezwungen würden, gegen ihre Überzeugung zu handeln; die Mehrheit entschied, Neuenburg habe seine Truppen zu stellen und sei für die Folgen einer Weigerung verantwortlich.

Es sah furchtbar ernst in der Schweiz aus; wie sich der Kampf gestalten und wie er enden werde, das konnten wohl nur wenige mit den militärischen Verhältnissen beider Parteien vertraute Männer vermuten. Allerdings zählte die eidgenössische Armee, die nun ins Feld rücken sollte, gegen 100,000 Mann, während der Sonderbund, abgesehen vom Landsturm, nur über 30,000 regelmäßige Soldaten verfügte, die noch dazu getrennt standen; aber die größere Begeisterung war vor dem Krieg entschieden bei den Sonderbündlern vorhanden, die zum heiligen Kampf für ihre höchsten Güter entflammt schienen. Auch ein Sieg der Übermacht konnte schreckliche Opfer kosten, und endlich mußte noch mit dem Schlimmsten, einem bewaffneten Einschreiten der Großmächte zugunsten des Sonderbunds, gerechnet werden. Gramerfüllt schrieb Ultratschherr Heusler am 2. November in der Basler Zeitung: „Es stehen jetzt in der Schweiz Hunderttausende in den Waffen, von denen keiner weiß, ob er nicht in wenigen Wochen auf blutigem Leichenfeld liegen wird. Was ist in solchen Zeiten das Leben? Welchen Reiz hat es noch für ein vaterländisches Gemüt, dem einbrechenden Ruin zuzusehen? Wir haben das tiefe Gefühl, daß wir an der Schwelle einer neuen, großen Entwicklung stehen; ob diese Entwicklung ein definitiver Einsturz sein werde, das weiß nur Gott.“

Für die Stadt Basel nahte jetzt die Stunde der Entscheidung. Gleich nach den Tagesatzungsbeschlüssen vom 24. Oktober ließ der neu ernannte Chef des eidgenössischen Generalstabs, Oberst Frei-Herose, der Regierung melden, die in Basel allfällig aufgebotenen Truppen seien sofort in eidgenössischen Dienst zu nehmen; am 29. Oktober kam der Befehl des Vororts an alle Stände, auch die Landwehr einzuberufen. Am folgenden Tag wurde dem Rat bereits die Marschrouten für das noch gar nicht aufgebotene Basler Kontingent zugestellt: die vier Kompagnien Infanterie sollten am 1. November nach Liestal marschieren, sich dort mit zwei uneingeteilten landschaftlichen Kompagnien zu einem Bataillon formieren und noch am gleichen Tag nach Balstal gelangen. Am 31. Oktober verlangte Oberst Buchwald im Namen des eidgenössischen Kriegsrates, die baslerische Zwölfpfünderbatterie müsse unverzüglich bereit gemacht werden, damit sie, ergänzt durch landschaftliche Bedienungsmannschaft und Trainpferde, am 3. November in Waldenburg und am 6. in Köniz sein könne. Auf diese nacheinander einlaufenden Befehle beschloß der Rat, zunächst das Infanteriekontingent auf den 1. November in den Dienst einzuberufen, doch nur in den kantonalen, nicht in den eidgenössischen; am 2. November wurde auch das Artilleriekontingent aufgeboten. An den eidgenössischen Kriegsrat, dessen Befehl man sich tatsächlich widersetzte, schickte der Rat

sofort den besondern Bevollmächtigten Emanuel La Roche mit der Bitte, er möge aus Billigkeitsgründen gestatten, daß die Basler Truppen von der Mitwirkung am Waffengang verschont würden oder wenigstens nur zur Bewachung der hiesigen Grenze „an einem natürlichen Standpunkt“ bleiben dürften. Dagegen beschloß der Rat, den vom Vorort verlangten doppelten Geldbeitrag an die eidgenössische Kriegskasse sofort zu bezahlen; er betrug 29,160 Schweizerfranken. Die Standesgesandten in Bern sowie der zum eidgenössischen Obersten ernannte Johannes Burchardt wurden gleichfalls von der Regierung gebeten, den Wunsch Basels zu unterstützen. Nach Liestal brachte ein Stabsmajor das schriftliche Gesuch, das landschaftliche Militärdepartement möge vorläufig weder Trainrosse noch Mannschaft nach Basel schicken. Aber dieses erklärte, es halte sich an den bestimmten Befehl des eidgenössischen Kriegsrates, und sandte 18 Trainsoldaten mit 24 Rossen nach der Stadt. Am 2. November standen nun wirklich die Basler Kontingentsinfanteristen und die erste Artilleriekompagnie im Klingental. Die Kanoniere waren fast vollzählig, und beim Bataillon fehlten schließlich nur 17 Mann. Das Militärkollegium hatte endlich am 1. November alle erteilten Pässe für ungültig erklärt und an alle abwesenden Kontingentspflichtigen die Aufforderung ergehen lassen, sich zu stellen.

Schon am 1. November traf der Oberbefehlshaber den Entscheid über Basels Truppen. In höflichen, ja freundlichen Worten schrieb Dufour dem Amtsbürgermeister, die Vorstellungen des Rates seien ihm begründet erschienen; mit Rücksicht auf die ausgesetzte Lage Basels und die an der Grenze stehenden fremden Truppen solle das Bataillon zum Schutz der Stadt zurückbleiben; aber die Zwölfpfünderbatterie müsse sich an ihren Bestimmungsort begeben. „Nous ne saurions nous en passer.“ Nun konnte der Kleine Rat nicht mehr länger zögern und die Entscheidung hinausschieben. Er ließ dem General für sein Entgegenkommen danken, aber zugleich melden, die Batterie müsse erst vollends marschfertig gemacht werden und könne unmöglich schon am 6. November in Röniz eintreffen; mündlich sollten ihm die Standesgesandten die nötigen Erklärungen über die hiesigen Verhältnisse geben. Der Rat war aber entschlossen, nicht selbst das letzte Wort zu sprechen, sondern die Verantwortung dem Großen Rat zu überbinden. Nach dem Antrag des Staatskollegiums berief er die höchste Kantonsbehörde auf den 6. November zu einer außerordentlichen Sitzung und legte ihm folgenden Antrag vor: die Mitglieder der Regierung fühlten wohl, wie schmerzlich und demütigend es sei, daß Basel zur Teilnahme an einem Krieg genötigt werde, den es stets verabscheut habe; wohl wäre es berechtigt, das Aufgebot abzulehnen; aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen in der Eidgenossenschaft und hauptsächlich bei der Zerrissenheit der eigenen Bürger- und Einwohnerschaft müßte eine Weigerung höchst wahrscheinlich unabsehbare, schreckenvolle Folgen haben. So sei es eben die Pflicht der Behörden, ihre Empfindungen und Rechtsgefühle zu unterdrücken,

sie dem Wohl des Ganzen zu opfern und der Gewalt der Umstände zu weichen; eine entsprechende Erklärung sei der Tagsatzung einzureichen. So dachten jetzt auch die Tagsatzungsgesandten; im Rat hatten sogar Peter Merian und Frey „mit Selbstüberwindung“ beigestimmt.

In einer Proklamation mahnte der Rat die Bürger und Einwohner, die Beschlüsse der obersten Behörde ruhig abzuwarten, sich ihnen zu fügen und die Ordnung in keiner Weise zu stören. Am 5. November befahl ein höfliches, aber scharfes Schreiben des eidgenössischen Generalstabschefs der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Batterie ohne Verzug und vollständig ausrücke; Basel werde für alle aus einer Zögerung entstandenen Folgen verantwortlich gemacht.

Inzwischen war das Militär und die Bevölkerung in höchster Spannung und Ungeduld gewesen. In der Nationalzeitung wie im Intelligenzblatt wurde zum Teil mit drohenden Worten die Einberufung des Großen Rat gefordert und daran erinnert, daß die Unentschlossenheit der Regierung die Bürgerschaft auch schon ins Pech gebracht habe. Manche hatten erwartet, der Kleine Rat sei zu klug, um den Großen Rat anzufragen, dessen Gesinnung bekannt sei; als man dann sah, daß dies doch geschehen werde, aber daß sich die Einberufung Tag für Tag verzögerte, da war die Erregung und das Mißtrauen gegen eine angebliche konservative „Camarilla“ gewachsen. Die liberalgesinnten Soldaten, besonders die Artilleristen, verlangten die eidgenössische Armbinde und erklärten, sie würden in jedem Fall marschieren, selbst gegen den Willen der Behörden; sie wollten nicht Sonntagssoldaten heißen, Parade machen oder hinter dem warmen Ofen sitzen; dann wäre es ja künftig eine Schande, Basler zu sein. Dr. Brenner, der, ob schon er bereits zur Landwehr gehörte, als Freiwilliger bei der Batterie eingetreten war, erklärte in Silbernagels gefüllter Gaststube laut: „Wenn die Trommeln nicht gerührt werden, so werden wir Trommeln rühren lassen“. Allerhand Gerüchte von Volksversammlungen, Demonstrationen und Gewalttätigkeiten der Landschaftler erfüllten die Stadt. Am 3. November fehlte nachmittags beim Appell im Klingental die Hälfte des Kontingents; die Soldaten saßen in der Bierbrauerei Landolt und unterzeichneten dort ein Schreiben an den Kommandanten, in dem sie entweder Entlassung oder eidgenössischen Dienst verlangten. Die Ratsherren Stehlin und Oswald mußten die Erregten beschwichtigen. Auch die meisten Infanteristen waren jetzt kriegerischer gestimmt als früher; Bürger und Kanoniere hatten sie gefoppt, sie mußten Schönenbuch und Allschwil vor den Franzosen schützen und vorläufig dort Rüben und Sauerkraut einmachen helfen, während sich die Kanoniere Lorbeeren holten. Seitdem das Publikum wußte, daß zwei Dritteile der Soldaten fürs Marschieren waren, neigten sich alle unentschiedenen Leute den Liberalen zu. Die Handlungsreisenden klagten, sie verlören ihre Stellen, wenn die Basler daheim blieben; denn dann dürften sie sich nirgends in der Schweiz mehr als baslerische Kommiss bekennen.

Hauptsächlich fürchteten viele Leute, bei längerer Zögerung kämen eidgenössische Okkupationstruppen, und schließlich müsse man sich doch fügen.

Nur die entschiedenen Konservativen waren zum Widerstand gegen die Tagsatzung bereit und hofften auf den Großen Rat. Das Manifest der Sonderbündler wurde jedem einzelnen Großrat ins Haus geschickt. Am 5. November, als die Regierung eben ihren Antrag festsetzte, überreichte ihr alt Gerichtspräsident Nikolaus Bernoulli ein Schreiben, in dem er wie ein Prophet des alten Bundes den Herren vom Rat ins Gewissen redete und sie anfragte: „ob denn wirklich Hochdieselben wollen unserer obersten Behörde anraten, Gott den Rücken zu wenden, den Glauben zu verleugnen, das Gewissen zu übertäuben, das Recht mit Füßen zu treten? . . . So wahr der Herr lebet, aus unschuldigem Blut, das wir verraten, wird nicht Segen erwachsen über uns und unsere Kinder. Möge sein Racheschwert, wenn es einst würget, vorübergehen an meinem und jedem Hause, aus welchem sich kein Gebein gerührt zu diesem Judaskrieg.“

Zahlreich wie fast noch nie erschienen die Großräte am Morgen des 6. Novembers zur Sitzung, um über den Antrag der Regierung zu entscheiden. Einzelne Kontingentspflichtige, wie Dr. Brenner und Dr. Gottlieb Bischoff, kamen in Uniform. 4^{1/2} Stunden am Vormittag und 6^{1/2} Stunden vom Nachmittag bis in die Nacht hinein dauerte der Redekampf. Verteidigt wurde der Ratschlag vor allem von den beiden Bürgermeistern und der Mehrheit der Ratsherren. Sarasin, der von Bern hergekommen war, riet eindringlich, wenn auch mit schwerem Herzen, der Große Rat möge dem Befehl der Tagsatzung gehorchen und wie der General und manche hohe Offiziere, wie die meisten Konservativen in Bern, Zürich und in der Waadt, das Opfer der Überzeugung bringen. Auch betonte er aus eigener Erfahrung, es habe bei den Sonderbündlern, besonders bei Luzern, an Friedensliebe gefehlt. Bürgermeister Frey erklärte mit dem ihm eigenen würdevollen Ernst, er trete vor dem Angesicht Gottes für den Ratschluß ein; er erinnerte auch daran, daß die Tagsatzung von jeher mit Stimmenmehrheit eine Bewaffnung beschloffen und daß man ihr gehorcht habe, so im Jahre 1833. Wenn Basels Gesandtschaft später auf der Tagsatzung noch etwas bedeuten solle, so müsse man sich jetzt fügen; ein Gedanke, den auch die Ratsherren Stehlin und Minder hervorhoben. Die andern Herren vom Räte betonten noch mehr die Gefahren, die eine Weigerung Basels herbeiführe. Ratsherr Oswald sagte: „Wir müssen eben der Gewalt weichen. Bei 50,000 Bajonetten heißt: Gut Nacht, Recht! Wir sind schon verhaßt genug in der Schweiz. Wollen wir uns denn ganz isolieren und allem aussetzen?“ Stehlin schilderte besonders die drohende Gefahr innerer Unruhen: „Wenn wir aus Scheu vor Blutvergießen so handeln, so wird noch mehr Blut fließen und näher bei uns.“ Die meisten Verteidiger des Ratschlags stellten die Pflicht Basels, sich selbst zu schützen und aus Klugheit das kleinere Übel zu wählen,

in den Vordergrund. Am deutlichsten kam dieser Standpunkt in der Erklärung Sarafins zum Ausdruck: Als einfacher Grobpat wäre er wohl noch heute wie früher für die Verweigerung der Heeresfolge, aber als Standeshaupt dürfe er den Bürgern die furchtbaren Folgen nicht zumuten. Dagegen wollten die entschiedenen Liberalen, z. B. Ratsherr Stumm, Brenner, C. L. Burckhardt nicht zugeben, daß der Drang der Umstände entscheide, sondern verlangten, daß vielmehr die klare Pflicht des Gehorsams gegen die Tagsatzung erfüllt werde; doch suchten auch sie die Gegner des Ratschlags durch die Prophezeiung von Unheil nachgiebig zu machen. Aber die Mehrheit aller, die überhaupt das Wort ergriffen — es wurden über 50 Voten abgegeben — sprachen gegen den Krieg und gegen die Unterwerfung Basels unter den Tagsatzungsbefehl. Noch einmal wehrten sich die frühern Führer des konservativen Basels, Altbürgermeister Burckhardt, Andreas Heusler und ihre Freunde für ihre verlorene Sache. Der Krieg sei ungerecht und der Vollziehungsbeschluß sei bundeswidrig; auch ständen die einzelnen Glieder des schweizerischen Staatenbundes nicht im Verhältnis eines Bürgers zu seiner Obrigkeit, der er zu gehorchen hätte. Mit ernsten Worten protestierten sie dagegen, daß Basel Unrecht tue, um Gefahren zu entgehen. Schlimmer als alle äußere Zerstörung sei die politische Immoralität, von der sich ein Gemeinwesen nur schwer erholen könne. „Wir mögen stimmen, wie wir wollen,“ sagte Appellationsrat Sis, „wir fallen in die Hände der Machthaber, auf dem einen Weg in ehrenvoller, auf dem andern in unehrenhafter Weise“, und Professor Bischer fügte hinzu: „Wenn wir so weit sind, daß wir aus Furcht vor Anordnungen unrecht tun müssen, dann verdienen wir nicht mehr zu existieren; dann mag man uns wieder mit der Landschaft vereinigen.“ Die frommgesinnten Ratsmitglieder, die sich ernstlich bemühten, die politische Entscheidung nach Gottes Gebot zu treffen, sahen in dem Ratsschlag nur die sündhafte Aufforderung dazu, lieber Unrecht zu tun als Unrecht zu leiden. Daß sogar beide Bürgermeister dafür eintraten, Böses zu tun, damit Gutes daraus erfolge, schmerzte sie tief. „Bürgermeister Frey“, sagte Architekt Riggenbach, „hieß einst ein Landesvater. O daß diese landesväterliche Stimme heute erschallt wäre!“ Nun aber komme der Ratsschlag der Regierung nur aus der Klugheit statt aus dem Glauben. Gerichtspräsident Schnell erklärte mit heiligem Ernst, und er war kein Mann, der Phrasen machte, wenn aus einem Verweigerungsbeschluß Schaden und Unheil für die Stadt entstehe, so biete er sein Vermögen zum Opfer an.

Zur Abstimmung lagen mehrere Anträge vor: der liberale Oberschützenmeister R. L. Burckhardt verlangte, Basel solle seine Mannschaft ohne Klausel der Tagsatzung zur Verfügung stellen; dafür traten aber nur sechs Mitglieder des Rates ein. Oberst Bischer, von mehreren Konservativen unterstützt, beantragte, das Volk anzufragen; doch seine Meinung wurde bloß von 19 Stimmen geteilt. Die wichtigsten, dem Ratsschlag entgegengesetzten Anträge brachten Professor W. Bischer und Christof Romus,

der Statthalter des Großen Rats, vor: derjenige Prof. Vischers lautete: „Baselstadt kann sich an dem Kampf nicht beteiligen, bietet aber sein Kontingent zu jeder bundesgemäßen Verwendung an.“ Der Antrag von Ronus ging dahin, Basel sei bereit, seine Mannschaft zur Bewachung der Grenze bei Basel in den eidgenössischen Dienst zu stellen, nur nicht zum Kampf gegen verbündete Kantone. Da anfangs eine kleine Mehrheit für Eintreten in den zuletzt genannten Antrag gestimmt hatte, schien bereits die Sache entschieden zu sein. Aber nach dem Schluß der Diskussion, besonders auf die nochmaligen Erklärungen von Bürgermeister Frey und Stehlin, waren eine Anzahl konservativer Großräte doch nicht bereit, die verhängnisvolle Verweigerung der Heeresfolge auszusprechen. Die Anträge von Ronus und Prof. Vischer unterlagen, der erste mit 50 gegen 65 und der zweite mit 43 gegen 66 Stimmen, und endlich wurde der Ratsschlag der Regierung mit einer Mehrheit von 15 Stimmen gutgeheißen. Der Tagsatzung sollte die folgende Erklärung übergeben werden: Basel hätte von der Billigkeit der Bundesbehörde erwarten dürfen, es werde ihm nicht zugemutet werden, gegen seine Überzeugung am Kampfe teilzunehmen; wenn es nun im Hinblick auf die Lage der Eidgenossenschaft wie des eigenen Kantons seine gerechten Gefühle unterdrücke und das schwere Opfer seiner Überzeugung bringe, so hoffe es, die Tagsatzung werde die Größe dieses Opfers würdigen.

Die Erklärung sprach deutlich aus, was die Mehrheit in beiden Räten empfand; es war begreiflich, daß die Nationalzeitung dadurch den Sieg der freisinnigen Sache in Basel geschmälert sah. Tatsächlich war weder der Große Rat noch die Mehrheit der Bürger von Basel liberal geworden; nur wagte man es nicht mehr, zu den Hauptforderungen des Liberalismus Nein zu sagen. Das und nicht mehr bedeutete für Baselstadt der 6. November 1847. Es wären auch schwerlich alle Konservativen im Großen Rat wirklich bereit gewesen, ihren hohen Worten vom Leiden für die gute Sache auch die Tat folgen zu lassen; einer der einflussreichsten Männer der konservativen Opposition gestand nachher dem Bürgermeister Sarasin, insgeheim habe er doch gewünscht, seine Meinung möge nicht siegen. Dagegen bewiesen Präsident Schnell, Architekt Riggenbach und L. Bernoulli-Bär den Ernst ihres Protestes damit, daß sie ihre Entlassung aus dem Großen Rat nahmen.

Die Haltung Bürgermeisters Freys, Stehlins und anderer Ratsherren wird erst recht erklärlich, wenn man bedenkt, daß sie über die Stimmung der Bevölkerung und über die Pläne der Radikalen genau unterrichtet waren. Wohl absichtlich hatte die Regierung am Tag der Großenratsitzung keine auffälligen Maßregeln zum Schutz der Versammlung getroffen, weil sie dadurch nur die Menge zu reizen befürchtete. Schon als das Publikum hörte, die Standesoldaten hätten scharfe Patronen gefaßt, wuchsen Erregung und Angst. Während der ganzen Beratung und besonders am Abend waren der Marktplatz, der Rathausshof, die Treppe und die Tribüne mit einer drohen-

den Masse angefüllt, die auf den Entscheid des Rates wartete. Etwa 400 Männer, größtenteils Handwerker, Kommiss und Fabrikarbeiter, standen in und vor dem Rathaus; aber 600 saßen in den nächsten Wirtschaften, viele mit Dolchen und Pistolen bewaffnet; dazu hatten die liberalen Soldaten im Klingental ihren Gesinnungsgenossen aufgetragen, gleich Bericht zu geben, „wenn es losginge“, damit sie dabei sein könnten. Auch waren über 100 Landschäftler in der Stadt, die auf einen Kravall warteten. Jedoch die Lösung zum Handeln hätte, wie der wohlunterrichtete Agent meint, erst ein Bulletin der Nationalzeitung gegeben, das etwa eine Volksversammlung auf den Sonntag, den Tag nach der Großratsitzung, angesagt hätte. Ein Pöbelaufstand war sicher gegen den Willen der liberalen Führer; sie waren nur entschlossen, im Notfall ein direktes Aufgebot der Tagsatzung zu erwirken und gegen den Entscheid des Großen Rates abzumarschieren. Sie wußten, daß alle Kanoniere und mindestens die Hälfte der Infanterie diesem Befehl zu folgen bereit waren. Daß Dr. Brenner in direkter Verbindung mit der radikalen Tagsatzungsmehrheit stand, bewies eine Stafette, die ihm am Montag früh vor Tagesanbruch ein mit dem Berner Standesiegel versehenes Schreiben überbrachte. Der Thurgauer Dr. Kern gab auch drei Tage nach der Großratsitzung dem Basler Gesandten Merian die bestimmte Erklärung, die Tagsatzungsmehrheit wäre ohne weiteres zu gunsten einer Partei in Basel eingeschritten, die sich für sie ausgesprochen hätte. Nun, da die Majorität des Großen Rates sich nicht aus Überzeugung, aber aus Angst dem Willen der Liberalen gefügt hatte, herrschte großer Jubel auf den Straßen und in den Wirtschaften.

Am 9. November wurden die aufgebotenen Truppen in den eidgenössischen Dienst gestellt. In dunkler, früher Morgenstunde las Major Frey den Artilleristen den Fahneneid vor, und die ganze Mannschaft sprach mit entblößtem Haupt und aufgehobener Rechten die Worte nach. Eine Menge Leute waren zu dieser feierlichen Handlung erschienen, und viele begleiteten die Batterie, die um 7 Uhr die Stadt verließ und Liestal zu fuhr. Es waren 152 Mann mit 132 Pferden unter dem Kommando von Hauptmann Paravicini. Am folgenden Tag empfing auch das in der Stadt bleibende Infanteriebataillon die eidgenössische Armbinde. Der als gemäßigt konservativ geltende Oberst Johannes Burckhardt hatte als neuernannter Kommandant der zweiten eidgenössischen Division in einem Tagesbefehl erklärt: „Wir haben zu den Waffen gegriffen, um einem heillosen, mit unserer Nationalehre unverträglichen Zustand ein Ende zu machen.“ Aber nicht alle konservativen Basler Offiziere dachten so. Drei Unterleutnants, darunter der Bataillonsführer, und ein Oberleutnant der Infanterie sowie ein Artillerieleutnant erklärten schriftlich ihren militärischen Vorgesetzten und dem Amtsbürgermeister, sie könnten einem Aufgebot zu dem ungerechten Krieg nicht Folge leisten und den Fahneneid nicht schwören. Obschon die Infanterieoffiziere wußten, daß sie sehr wahrscheinlich nicht ins Feld ziehen mußten, bestanden sie

auf ihrer Weigerung, weil schon das Tragen der eidgenössischen Armbinde die Verpflichtung mit sich bringe, dem Kommando zu gehorchen, das über die Truppen der kriegführenden Partei gesetzt sei. Als die Offiziere an dem Tag, da sie in den eidgenössischen Dienst treten sollten, ihre Erklärung mündlich wiederholten, mußten sie ihre Säbel abgeben und wurden zunächst zu scharfem Arrest in die Blömlitafel geführt. Ihr Los teilten drei Gemeine, die den Eid auch verweigerten. Am 25. November verurteilte ein Disziplinargericht die fünf Offiziere zur Degradation und dreimonatiger Haft in der Klingentalkaserne; die Gemeinen erhielten eine etwas mildere Strafe. Die Offiziere hatten ihre Verurteilung erwarten müssen; einer von ihnen erklärte in seinem Schreiben an die Regierung, er wisse wohl, daß er hochdero strafenden Händen verfallen sei, aber er werde die Strafe ohne Murren mit Gottes Beistand tragen. Übrigens wußten sich die fünf Herren durch allerhand vergnügliche Arrangements ihre Haft recht erträglich zu machen. Ein sechster Offizier, der Hauptmann der 4. Jägerkompagnie, hatte sich gleichfalls dem eidgenössischen Dienst entzogen, weil die Teilnahme am Kampf gegen seine Überzeugung ging. Sein Gesuch um Versetzung in die Landwehr war abgewiesen worden; aber unmittelbar bevor das Kontingent auf Piket gestellt wurde, war er ins Ausland verreist. Dank dem Entgegenkommen des Majors hatte er dann einen Urlaub erwirkt und war als Hauptmann ersetzt worden. Nachträglich wurde er zwar wegen Umgehung des Aufgebotes vor ein militärisches Gericht gestellt, aber schließlich freigesprochen, weil er durch den Urlaub gedeckt gewesen sei. Doch erbat und erhielt er die Entlassung von seiner Offiziersstelle. Die Soldaten und die Bürger, und zwar nicht nur die liberalen, schimpften damals weidlich über alle die Offiziere, die sich dem Dienst entzogen hatten, am meisten über den rechtzeitig verreisten Hauptmann; viel milder wurde über den ehemaligen baslerischen Unteroffizier Eduard Merian geurteilt, der im November nach Luzern reiste, um auf der Seite des Sonderbundes zu kämpfen; Siegwart-Müller rühmt ihn in seinem Geschichtswerk als „einen Millionär und Ehrenmann“, nicht ohne guten Grund; denn Merian schenkte dem Sonderbund außer barem Geld 2000 Kaputröcke für die Soldaten. An Stelle der eigenen Offiziere, die den Eid verweigerten, hätte Baselstadt Gelegenheit gehabt, drei oldenburgische einzustellen, die der Regierung ihre Dienste im bevorstehenden Feldzug anboten; doch ging man natürlich nicht darauf ein, da das eidgenössische Heer keine freiwilligen Mitkämpfer duldete, weder schweizerische noch fremde; auch Kölner der Saure, der mit einem Trüpplein Freiwilliger gegen Freiburg mitziehen wollte, wurde zurückgewiesen.

Der Sonderbundsfeldzug gehört nicht zu den großen Kriegstaten der Eidgenossenschaft. Die Übermacht der Tagsatzungsarmee und die Zersplitterung und schlechte Führung der Sonderbündler führte zu einer raschen und wenig blutigen Entscheidung. Hauptsächlich blieb der vorausgesagte und gefürchtete heldenmütige Widerstand des Gebirgsvolkes aus, obschon sich die sonderbündlerischen Soldaten meist tapfer schlugen,

wo sie Gelegenheit dazu bekamen. Wohl ließen sich die siegreichen Truppen auch manche Roheiten und Gewalttätigkeiten zu schulden kommen; aber wenn man die dem Krieg vorangegangene Verheerung der Gemüter und den gegenseitigen furchtbaren Haß bedenkt, so erscheinen sie verhältnismäßig gering. Erfreulich war die Mannszucht einer nach unsern Begriffen schlecht ausgebildeten Milizarmee und die vielfach hervortretende schweizerische Gutmütigkeit. Besonders aber zeigte sich auch in diesem Stück Schweizergeschichte, was ein bedeutender Mann vermag. Der überlegenen, ruhigen Führung General Dufours war es zu danken, daß der Fall des Sonderbundes so schnell erfolgte, bevor die geplante Einmischung der Mächte möglich wurde; und die schönste Belohnung für sein menschlich und vaterländisch empfindendes Herz war, daß es ihm gelang, bei der raschen und gründlichen Besiegung der Gegner so wenig eidgenössisches Blut vergießen zu müssen. Am 14. November kapitulierte Freiburg, am 21. Zug, am 23. warfen die eidgenössischen Truppen in dem einzigen größern Kampf des ganzen Krieges die Sonderbündler aus ihren festen Stellungen bei Gislifon, und schon am folgenden Tag zogen sie in Luzern ein. In den nächsten fünf Tagen unterwarfen sich auch die übrigen Stände des Sonderbundes.

Die Basler Batterie gab im ganzen Krieg keinen einzigen Schuß ab und hatte auch keine Verwundeten oder Toten zu beklagen. Sie fuhr zunächst über den Hauenstein nach Solothurn und von dort ins Berner Seeland; unser Titelbild stellt das Bivouak der Kanoniere im Dorf Kallnach dar. Überall fanden die Soldaten und die Zwölfpfünderkanonen Beifall, und man rühmte, keine andere Batterie überbiete die der Basler. Bei Regen und Kälte fuhren die Kanoniere weiter bis nach Belfaur vor Freiburg. Als die Stadt kapituliert hatte, gings über Bern, Herzogenbuchsee, die Kreuzstraße, Lenzburg und Bremgarten gegen Luzern. Die ermüdenden Märsche und das scheußliche Wetter ließen Offiziere und Mannschaften wünschen, es käme bald einmal zu einer „Prügelei“ und dann zur Heimkehr. Am Tag des Kampfes von Gislifon war die Batterie schon gefechtsbereit, und die Lunten brannten; aber die Kanoniere kamen nicht zum Feuern. Am 24. November zogen sie mit in Luzern ein. Einer der Artilleristen, der im Intelligenzblatt den „Lebenslauf der Basler Batterie“ schilderte, stellte dem Benehmen der unterworfenen Luzerner kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. „Das war nicht die mutige, finstere Ergebung wie in Basel anno 1833, sondern die niederträchtigste, süßeste Gleißnerei und Schmeichelei. Landstürmler, denen noch das gelbtuchene Bein des sel. Rats Herrn Leu zwischen dem schnell aufgenähten Balken des eidgenössischen Kreuzes auf der Policemütze hervorschaute, drängten sich mit ewigem Müßeziehen und Rufen: Die Eidgenossen sollen leben! in unsere Reihen und boten Wein an.“

Am 3. Dezember 1847 traf die Batterie vollzählig und wohlbehalten wieder in Basel ein. Der Oberkommandant der eidgenössischen Artillerie, Oberst Drelli, drückte dem Militärkollegium seine „beste Zufriedenheit“ mit den Basler Kanonieren aus.

Die Stimmung in Basel war während der Kriegswochen natürlich sehr geteilt; die Nachricht von einem erfolgreichen Vorstoß der Sonderbündler gegen den Kanton Tessin wurde mit einem „Gottlob“ begrüßt, von denen nämlich, die hofften, die eidgenössische Armee werde „noch ganz anders zurückgeklopft als die Freischaren“, und die auch wünschten, man solle bei der Basler Batterie die Langbärtigen und die radikalen Spisbuben voranstellen. Allein bald hatten die Liberalen reichlich Gelegenheit zum Frohlocken; die Nationalzeitung schrieb: „Seitdem die Schweizergeschichte existiert, hat wahrscheinlich noch nie eine so großartige Erhebung stattgefunden, und wer nicht ganz dem Jesuitentum verfallen, dem muß das Herz hoch aufschlagen, eine solche Zeit erlebt und zum bisherigen Resultat mehr oder weniger mitgewirkt zu haben“. Der größere Teil der Infanteristen wäre lieber draußen im Feld als in der Klingentalkaserne gewesen; die Liberalen unter ihnen schickten sogar eine Petition an Dufour, er möge sie austrücken lassen. Überhaupt nahm die Zahl der Liberalen in der Stadt mit dem Erfolg der eidgenössischen Waffen zu. Doch kam auch der Abscheu vor dem Krieg und die Trauer um das Unglück der einstigen politischen Freunde deutlich zum Ausdruck, besonders in der Basler Zeitung. Heusler sah in der Unfähigkeit der politischen und militärischen Führer die Hauptschuld am Zusammenbruch des Sonderbundes; an die Tatsache, daß von ihnen die Hilfe des Auslandes gesucht worden war, mußte er nun freilich glauben. Doch nahmen manche konservative Basler nicht nur herzlichen Anteil an dem traurigen Schicksal der geflüchteten und zum Teil mittellosen Staatsmänner des Sonderbundes, sondern sie standen den Flüchtlingen, besonders dem Staatschreiber Bernhard Meyer, mit tröstenden Worten und Unterstützungen bei. Konservative Basler vermittelten auch die Veröffentlichung der ersten Schrift über den Sonderbundskrieg, die nach den Worten ihres Verfassers der erste Akt war, mit welchem die im Feld Unterlegenen, noch unter dem allgemeinen Halloh der Sieger, wieder ihr Dasein bekundeten. Der Verfasser war der später bekannte konservative Staatsmann Ph. A. v. Segesser. Als der Theaterdirektor zu Ehren der heimkehrenden Artilleristen das zeitgemäße Lustspiel „Die Landstürmer“ aufführen wollte, dessen Schluß ein Tableau „Der Einzug der Eidgenossen in Luzern“ bildete, erhob ein Geistlicher im Tagblatt Klage dagegen, und trotz der Verteidigung der Nationalzeitung verbot die Theaterkommission die Aufführung.

Bald bildeten sich auch Unterstützungsvereine zur Linderung der Kriegsnot; der eine, dem Männer von verschiedener politischer Richtung angehörten, brachte Beiträge für arme baslerische Familien zusammen, deren Väter oder Söhne im Dienst standen und dadurch ihres Lohnes verlustig gingen; ein anderer, von Konservativen gegründeter Unterstützungsverein schickte Kleider und Geld an die nothleidende Bevölkerung der Kantone. Die Radikalen betrachteten diesen Verein mit Mißtrauen, als ob das Geld zugunsten der ultramontanen Partei verwendet werden sollte; auch zürnte die National-

zeitung darüber, daß noch während des Kriegs die Frauen Basels aufgefordert worden waren, für die bedrängten Kantone „die Hände zur Arbeit und zum Gebet zu regen“. Die baslerische Mildtätigkeit kam auch Kriegsgefangenen zugut. Am 29. November erschienen hier 242 Walliser Soldaten mit 13 Offizieren, die in Luzern gefangen genommen worden waren; doch dauerte ihr Aufenthalt im Klingental nur acht Tage. Die armen Leute, die vom Sonderbund wenig begeistert waren und es in Luzern schlecht gehabt hatten, wurden nun mit Kleidern und Reisegeld für ihren Heimmarsch ausgestattet.

Eine halb komische, halb ärgerliche Geschichte war der Ankunft dieser Walliser in Basel vorausgegangen und hatte ganz ungerechterweise den alten Haß der Landschaftler gegen die Stadt wieder angefaßt. Der Chef des eidgenössischen Generalstabs hatte nämlich am 25. November dem Basler Platzkommandanten den Auftrag gegeben, den Wallisern, die ohne jede Bedeckung nur auf Ehrenwort ihrer Offiziere ihrem Ziele zureisten, eine Schutzwache bis Rheinfelden entgegenzuschicken, damit sie bei ihrem Durchmarsch durch das Baseltbiet vor Beleidigungen und Auschreitungen der Bevölkerung sicher seien. Dieser Befehl wurde merkwürdigerweise schon in den Zeitungen besprochen, bevor das baslerische Detachement abmarschieren konnte. Am 28. November kamen zwei geharnischte Schreiben des landschaftlichen Militärdepartements und des Regierungsrates an den Platzkommandanten und an den Bürgermeister von Basel, in denen gegen diese unerhörte, durch nichts gerechtfertigte Maßregel protestiert und erklärt wurde, man verbiete der städtischen Begleitmannschaft das Betreten des landschaftlichen Gebietes. In Rheinfelden ließ der Regierungsrat melden, er werde nötigenfalls die Basler mit Waffengewalt zurüctreiben lassen. Darauf unterblieb wirklich die vom eidgenössischen Oberkommando verlangte Begleitung; aber zwei baslerische Stabsoffiziere, die die eidgenössische Armbinde trugen, wurden im Dorf Baselaugst vom Pöbel gröblich beschimpft. Die Walliser erfuhren tatsächlich von der landschaftlichen Bevölkerung nichts Schlimmes; im Gegenteil, sie wurden in Pratteln und Muttenz freundlich „restauriert“. Denn die Baseltbieter waren meist doch viel besser und gutmütiger als ihr Ruf. Es scheint, daß sie im Sonderbundskrieg ungerecht verlästert und daß ihnen manche Roheiten auf die Rechnung geschrieben wurden, die die wenig disziplinierten Berner begangen hatten. Schon als bei Beginn des Krieges die französischen und spanischen Jesuitenzöglinge durch den Attaché der französischen Gesandtschaft von Freiburg nach Basel in Sicherheit gebracht werden sollten, hatte dieser ein militärisches Geleite für den Weg durch Baselland begehrt, worauf Regierungspräsident Meyer erklärt hatte, man mache der Sache den Krieg, nicht Kindern. Es war auch den Jesuitenschülern im Baseltbiet nichts Böses begegnet; nur sahen die Leute mit Erstaunen zu, wie im Bubendörferbad die jungen, zum Teil erst zwölfjährigen Herren, statt eine währschafte Milchsuppe auszulöffeln, in der einen Hand eine Zigarre, in der andern ein Schnapsgläschen hielten.

Der französische Gesandte Graf Bois le Comte hielt sich während der Kriegswochen in Basel auf; er hatte, als er Bern verließ, dem Tagsatzungspräsidenten erklärt, er werde sich in einen Kanton begeben, dessen Gesandtschaft den zum Krieg führenden Beschlüssen nicht beigegeben habe. In Basel traf nach Beendigung des Feldzuges auch der österreichische Gesandte ein; beide verlegten aber dann ihren Wohnsitz nach Neuenburg, das in der Tat als neutral gelten konnte. Die Anwesenheit des sonderbündlerisch gesinnten Bois le Comte in Basel erregte sofort das Mißtrauen der Liberalen, besonders da die Basler Zeitung wiederholt von der Möglichkeit einer Intervention des Auslandes sprach. Als nun gar Altbürgermeister Burckhardt, Altratsherr Heusler und der abgesetzte eidgenössische Staatschreiber von Gonzenbach vom französischen Gesandten in einer Audienz empfangen wurden, da schrieb Redaktor Wilhelm am 27. November in der Nationalzeitung, es scheine sich in Basel ein „Waldshuter Komitee“ bilden zu wollen. So hieß bekanntlich jenes geheime Komitee von schweizerischen Aristokraten, die im Jahr 1813 die Alliierten zum Einmarsch in die Schweiz und zur Wiederherstellung der alten politischen Ordnung zu bewegen suchten. Ein zweiter Artikel von S. R. Scholp sprach unter roher Beschimpfung von Heuslers Person von einem höllischen Gewebe der Reaktion und von verräterischen Wühlereien unverbesserlicher Sonderbunds- und Jesuitenapostel, die der Wetterstrahl der Nemesis treffen werde. Heusler erhob Klage und erreichte auch, daß Wilhelm öffentlich erklären mußte, seine Behauptungen von einem Waldshuter Komitee bezögen sich nicht auf die Person des Altratsherrn, und daß Scholp sein Bedauern aussprach, den beleidigenden Artikel auf irrige Gerüchte hin geschrieben zu haben. Heusler machte übrigens weder vor Gericht noch in der Zeitung ein Hehl daraus, daß er den Grafen besucht und mit ihm über Politik gesprochen habe; nur die Verdächtigung, als ob er die allerdings drohende Intervention wünsche, wies er entrüstet zurück.

Die Einmischung der Mächte beschränkte sich schließlich auf verschiedene Noten, in denen sie ihre Vermittlung anboten; da aber alle erst einliefen, als der Sonderbund bereits niedergeworfen war, konnte die Tagsatzung darauf hinweisen, daß der Gegenstand der angebotenen Vermittlung gar nicht mehr vorhanden sei; auch wäre eine Einmischung um so weniger begründet, als die Schweiz ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen vollkommen erfüllt und die Ruhe der Nachbarstaaten in keiner Weise bedroht habe. Aber noch einmal kamen im Januar 1848 gleichlautende Drohnoten von Frankreich, Preußen, Österreich und Rußland, in denen die vollständige kantonale Freiheit der noch von eidgenössischen Truppen besetzten Sonderbunds Kantone verlangt und jede Veränderung der Bundesakte ohne einstimmige Genehmigung aller Stände verboten wurde. Die ernst und bestimmt gehaltene Antwort der Tagsatzung wurde diesmal auch vom Gesandten Basels genehmigt und Ratsherr Heusler anerkannte in der Basler Zeitung den Anstand, die Würde und die Festigkeit des Schreibens. Weitere Schritte

der Großmächte gegen die Schweiz verhinderten die Weltereignisse; acht Tage, nachdem die Tagsatzung ihre Antwort gegeben hatte, brach in Paris die Revolution aus.

Hatten die Tagsatzungsgesandten von Baselstadt den Krieg nicht verhindern können, so suchten sie wenigstens nach dem Krieg das Los der Besiegten zu erleichtern. Am 2. Dezember faßte die Mehrheit der Tagsatzung einen harten Beschluß: den sieben Kantonen wurden alle Kosten auferlegt, die der Eidgenossenschaft aus ihrem Widerstand gegen den Tagsatzungsbeschluß vom 20. Juli erstanden seien; dabei wurde den Kantonen ausdrücklich ein Rückgriff auf die besonders Schuldigen erlaubt. Die Summe von einer Million sollten sie bis zum 20. Dezember 1847 einzahlen. Der Gesandte von Baselstadt sprach vergebens gegen diese drückende Maßregel: Er dürfe um so eher Vorstellungen dagegen erheben, weil Basel der einzige Stand sei, der bis jetzt auferlegte Kriegskosten wirklich zurückerstattet und deswegen eine Staatsschuld übernommen habe. Fünf der betroffenen Stände gehörten zu den ärmsten in der Eidgenossenschaft und seien noch dazu durch ihre Rüstungen vor dem Krieg erschöpft. Jetzt, da sie niedergeworfen seien, handle es sich um Heilung der Wunden; Großmut, nicht Härte sei am Platz. Aber die Mehrheit wollte nichts davon wissen, und einzelne Gesandte antworteten höhnisch, die Freunde der ehemaligen Sonderbündler, die sie in ihrem Widerstand gestärkt hätten, sollten ihnen jetzt zahlen helfen; reich genug dazu seien sie ja. Tatsächlich war es den sieben Orten unmöglich, die ganze Summe der Kriegskosten — sie belief sich nach späterer genauer Berechnung auf 6 Millionen Schweizerfranken — oder auch nur die erste Million innerhalb der gestellten Frist zu bezahlen. Die neuen, unter dem Schutze der eidgenössischen Bajonette gewählten freisinnigen Regierungen von Freiburg und Luzern suchten zwar durch brutale und rechtswidrige Maßregeln gegen frühere Magistratspersonen und geistliche Stiftungen das Geld zusammenzubringen, aber es gelang nur zum Teil. Baselstadt protestierte auf der Tagsatzung gegen solche Gewalttaten und verwendete sich, freilich umsonst, wenigstens für den Erlaß der halben Kriegskosten unter der Bedingung, daß dann jeder Stand auf Repressalien gegen frühere Behörden und Privatleute verzichte. Dem armen Kanton Uri wurde insofern von Basel aus geholfen, als das Banthaus Ehinger die Verpflichtung übernahm, die Kriegsschuld der Urner, etwa 55,000 Fr., in drei Jahresraten abzuführen. Auch die neue Luzerner Regierung machte, wie schon früher die sonderbündlerische, ein Anleihen von 100,000 Fr. in Basel. Nach vier Jahren wurde der zurückgewiesene Antrag Sarasins doch zur Wirklichkeit: im Jahr 1852 erließ die Bundesversammlung den ehemaligen Sonderbundskantonen den Rest der Kosten, obschon noch nicht die Hälfte abbezahlt war.